

Montag 23.12.2019

Alle Grundschulen bekommen Schulbegleiter SPD und Grüne wollen Inklusion stärker unterstützen. Assistenten für Mädchen und Jungen mit Behinderung sollen Lehrer entlasten

Jens Meyer-Wellmann

Hamburg SPD und Grüne wollen die Hamburger Grundschulen stärker bei der Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen oder psychischen Problemen unterstützen. Künftig sollen alle Hamburger Grundschulen eine eigene „Schulbegleitung“ als feste „systemische Ressource“ bekommen. Schulbegleiter unterstützen Schülerinnen und Schüler mit Handicaps wie eine Art persönlicher Assistent bei der Bewältigung des für sie oft besonders herausfordernden schulischen Alltags. Damit helfen sie einerseits den betroffenen Kindern, entlasten aber zugleich auch die Lehrer von dem oft hohen Betreuungsbedarf.

„Mit der Einführung der Inklusion sind nicht nur die pädagogischen Aufgaben gewachsen, sondern auch die sozialen und organisatorischen Aufgaben haben zugenommen“, heißt es in einem Bürgerschaftsantrag, den SPD und Grüne jetzt gemeinsam eingebracht haben. „Das gilt besonders für die Schulbegleitung. Schulbegleitungen sind dabei kein Ersatz für pädagogisches Personal, sondern sie übernehmen in der Regel Hilfstätigkeiten, damit Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Unterstützungsbedarf die Anforderungen des Schulalltags bewältigen können. Schulbegleitungen sind somit eine notwendige Hilfe zur Teilnahme am schulischen Angebot.“



Kinder mit Behinderungen oder psychischen Problemen brauchen besondere Unterstützung. Schulbegleiter helfen bei der Bewältigung des Schulalltags

In der Regel würden diese Tätigkeiten durch Absolventinnen oder Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) oder des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) erbracht, heißt es in dem Antrag weiter. Der Bedarf sei dabei zuletzt immer weitergewachsen. Entsprechend habe sich die Zahl der bewilligten Schulbegleitungen seit dem Schuljahr 2011/12 „von circa 460 Fällen bis zum Schuljahr 2016/2017 auf 1874 erhöht“. Parallel dazu hätten sich die Ausgaben von rund drei Millionen Euro im Jahr 2011 auf 15,43 Millionen Euro im Jahr 2017 mehr als verfünffacht. Zudem habe man die Verfahren zur Bereitstellung einer Begleitung stark vereinfacht. Hätten früher die Eltern eine Schulbegleitung suchen und die Finanzierung beantragen müssen, so übernehmen dies jetzt die Schulen in Zusammenarbeit mit dem Regionalen Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ) und der Schulbehörde.

„Trotz dieser Verbesserungen kommt es immer wieder zu einzelnen Engpässen bei der Schulbegleitung“, heißt es in dem rot-grünen Antrag. „Gründe hierfür liegen einerseits in neuen

pädagogischen sowie sozialen Herausforderungen einer zunehmend heterogenen Schülerschaft, andererseits aber auch in temporären Bedarfsschwankungen und der Zunahme einzelner akuter Krisensituationen, auf die das bisherige Verfahren der langfristigen Bewilligung nicht zentral reagieren kann.“

Um die schulische Integration an Grundschulen weiter zu stärken, solle diesen daher „jeweils eine Schulbegleitungskraft als systemische Ressource“ zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten dafür, die in dem Antrag nicht beziffert werden, sollen demnach zum Teil durch bisher für unentgeltliche Mittagessen verwendete Mittel gedeckt werden, die durch das „Starke-Familien-Gesetz“ frei würden. Zudem soll Geld im Etat der Schulbehörde „umgeschichtet“, also anders verteilt werden.

Auch die Schulen sollen durch den Antrag entlastet werden

Man habe die Zahl der bewilligten Schulbegleitungen zwar seit 2011 deutlich gesteigert, sagte SPD-Schulpolitikerin Barbara Duden. „Von Eltern und von Schulen hören wir aber, dass es noch Engpässe gibt, weil nicht nur die Schülerschaft heterogener wird, sondern auch der Bedarf nach Schulbegleitung schwankt und ihr Einsatz daher flexibler gestaltet werden muss.“ Mit der neuen Möglichkeit, eine Schulbegleitung ganzzeitig nach den jeweiligen Bedarfen einzusetzen, reagiere die Koalition auf diese Hinweise und verbessere die Situation für die Betroffenen. „Auch die Schulen werden entlastet, weil der Verwaltungsaufwand wesentlich reduziert wird“, so Duden. „So bringen wir die Inklusion an Grundschulen noch einmal ein gutes Stück voran und schaffen die strukturellen Voraussetzungen für einen unkomplizierten Schulalltag für alle Kinder.“

Grünen-Schulpolitiker Olaf Duge sagte, mit der Entscheidung stellten die Regierungsfractionen „den Grundschulen und vor allem den Schülerinnen und Schülern eine verlässliche Unterstützung zur Verfügung“. Der Bedarf nach Schulbegleitung als einen „Baustein gelungener Inklusion“ werde zunehmend angefordert, so Duge. „Gut, dass wir diesem Bedarf nun nachkommen können.“